



Im Gespräch über das Öl der Zukunft

Das Glasfasernetz wird weiter verdichtet und ausgebaut. Schon heute verfügt das Land über eine gute Struktur – bis 2019 schliesst das Land weltweit zur Spitzengruppe auf. **Seite 4**

Familienarbeit endlich anerkennen

Laut VU-Fraktion kann es nicht sein, dass sich der Begriff «Familienförderung» auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert. Auch das Modell «Familie als Beruf» soll unterstützt werden.

Günther Fritz

«Uns ist es wichtig, dass Förderung auch Menschen zukommen soll, die zu Hause Kinder betreuen und dass für diese Menschen Lücken in der Alters- und Risikoversicherung geschlossen werden sollen», erklärt VU-Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller zum VU-Postulat, das in der ersten Arbeitssitzung des Landtags im kommenden März zur Debatte stehen wird.

Altes VU-Anliegen

Mit dem am 8. November eingereichten Postulat zur Alters- und Risikoversicherung für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile setzt die VU ein langjähriges Anliegen um. Bereits in den Wahlprogrammen für die Landtagswahlen 2009, 2013 und 2017 hiess es sinngemäss, dass Elternteile, die sich ganz oder teilweise der Kinderbetreuung widmen, in der Alters- und Risikoversicherung gleichgestellt werden sollen.

Dass sich die Parlamentarier bisher zurückgehalten haben, dürfte vor allem an zwei Gründen liegen. Erstens haben in den letzten beiden Legislaturperioden aufgrund der Haushaltssanierung kostenverursachende parlamentarische Eingaben kaum eine Chance gehabt. Zweitens ist die entsprechende Materie ziemlich komplex.

Neuer Lösungsansatz

«Mit der Finanzplanung 2018 bis 2021 sind wir nun aber an einem Punkt angelangt, an dem es höchste Zeit ist, auch wieder ernsthaft an Projekte zur Sicherung der sozialen Wohlfahrt zu denken», betont Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller. Und ihr Fraktionskollege Christoph Wenaweser erläutert für diese komplexe Materie einen möglichen Lösungsansatz, den die Re-



VU-Abgeordneter Christoph Wenaweser und Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller sind sich einig: «Familienarbeit hat neben einem bedeutenden gesellschaftlichen auch einen materiellen Wert.» **Foto: Daniel Schwendener**

gierung mit ihren Fachexperten im Detail prüfen soll. Dabei verweist er darauf, dass in der AHV Erziehungsgutschriften für jene Kalenderjahre erteilt werden, in denen elterliche Obsorge über eines oder mehrere Kinder besteht, welche das 16. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Diese Erziehungsgutschrift wird auf einem virtuellen AHV-pflichtigen Jahreslohn von 55 680 Franken gerechnet.

Ähnlich wie bei zweiter Säule

Der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser ist nun der Auffassung, dass beispielsweise auf dem genau gleichen virtuellen Lohn auch eine der Pensionskasse ähnliche Lösung im Sinn und Geist des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge aufgebaut werden könnte. Dazu führt er konkret aus: «Jeder Frau und jedem Mann, die zugunsten der Familienarbeit auf ein versichertes Erwerbseinkommen ganz oder zu grössten Teilen verzichten, könnte für diesen virtuellen Lohn und für die Dauer des

Anspruchs auf Erziehungsgutschriften gemäss AHV-Gesetz eine Altersvorsorge und eine Risikoversicherung nach dem Muster des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge eingerichtet werden.»

Gegen Giesskannenprinzip

Wie Christoph Wenaweser weiter unterstreicht, sei es den Postulanten völlig klar, dass das Giesskannenprinzip nicht angewendet werden darf. «Eine solche zusätzliche Alters- und Risikoversorge soll nur Haushalten mit einem gegen oben beschränkten, steuerpflichtigen Einkommen zugute kommen», sagt Christoph Wenaweser. Zudem dürfe es auch zu keinem Sozialleistungsexport kommen. Diese Sozialleistung müsse Familien in Liechtenstein vorbehalten bleiben.

Das VU-Postulat ist der erste Vorstoss zur Unterstützung des traditionellen Familienmodells und stellt eine wertvolle Ergänzung zu den in jüngster Zeit an die Regierung überwiesenen familien-

politischen Vorstössen dar. Die Postulanten betonen ausdrücklich, dass sie eine Optimierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung inklusive Blockzeiten an den Schulen sowie die Prüfung weiterer Massnahmen zur Familienförderung befürworten und diese mit dem VU-Postulat nicht konkurrieren wollen. Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller hofft daher, dass der Vorstoss der VU-Fraktion auf mehrheitlichen Anklang im Landtag trifft, «zumal wir damit einen Aspekt abdecken, der bislang nicht beleuchtet worden ist.» Vorstösse, die das traditionelle Familienmodell unterstützen, sucht man tatsächlich vergebens, wenn man vom FBP-Postulat, das Kindergeld giesskannenartig zu erhöhen, absieht.

Es darf den Staat etwas kosten

Dass der Bevölkerung Lippenbekenntnisse nicht mehr reichen, hat nach Ansicht der VU-Fraktionssprecherin das Abstimmungsergebnis zur Wirtschaftskammerinitiative im September 2016 mehr als deutlich gezeigt. «Es geht auch darum, endlich bei der grössten Benachteiligung nicht erwerbstätiger Mütter, nämlich ihrer fehlenden eigenständigen Alters- und Risikoversorge, anzusetzen. Erst wenn man politisch bereit ist, hier auch Geld einzusetzen, wird die Arbeit nicht erwerbstätiger Mütter nicht nur verbal, sondern tatsächlich gewürdigt», heisst es auch vonseiten des Vorstandes des Frauennetzes.

Die Postulanten sind klar der Ansicht, dass erwerbslose Familienarbeit dem Staat in einem finanzierbaren Rahmen etwas wert sein muss. Zur politischen Diskussion, ob und wie viel Geld der Staat dazu in die Hand nehmen soll, hat die VU-Fraktion nun jedenfalls den Startschuss gegeben. ■



Günther Fritz
Parteipräsident

Editorial

Erster Vorstoss zur Unterstützung des traditionellen Familienmodells

Geschätzte Leserinnen und Leser! Heute halten Sie die erste Ausgabe der von der Vaterländischen Union herausgegebenen Zeitung «klar.» in Händen. In dieser neuen Publikation, die in regelmässigen Abständen an alle Haushalte in Liechtenstein geht, wollen wir über die politische Arbeit unserer Mandatäre informieren, Klartext reden und unsere Meinungen auf den Punkt bringen.

Alles andere als klar ist in der Familienpolitik, wohin die Reise geht. Der Spardruck und die bisherige Konzeptlosigkeit von Gesellschaftsminister Pedrazzini haben einen Reformstau hinterlassen und grosse Unzufriedenheit bei den Betroffenen gesät. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zu einer gerechten Subventionierung von Kita-Plätzen ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Aber auch Elternteile, die sich ganz der Familienarbeit widmen, möchten gegenüber denen, die das Modell «Familie und Beruf» wählen, nicht diskriminiert werden. Dies hat das Ergebnis der Volksabstimmung über die Wirtschaftskammerinitiative deutlich gezeigt.

Die aktuelle familienpolitische Umtriebigkeit der politischen Parteien verdeutlicht die Defizite vonseiten des Gesellschaftsministers. Unter den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen ragt das im März-Landtag zur Debatte stehende VU-Postulat zur Alters- und Risikoversicherung für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile aber klar heraus: Es ist der erste Vorstoss, der das traditionelle Familienmodell nachhaltig unterstützt und sich gegen das Giesskannenprinzip ausspricht, was beispielsweise beim FBP-Postulat zur Erhöhung des Kindergeldes nicht der Fall ist. Mit ihrem Postulat will die VU-Fraktion der erwerbslosen Familienarbeit endlich einen Wert verleihen. Und dies muss dem Staat auch finanziell etwas wert sein!

VU feiert ihre 100-jährigen Wurzeln

Die Vaterländische Union ist 1936 aus einer Fusion der bereits 1918 von Wilhelm Beck gegründeten Christlich-sozialen Volkspartei mit dem Liechtensteiner Heimatdienst entstanden. Die VU kann demnach im nächsten Jahr auf eine 100-jährige Tradition zurückblicken.

Das 32. VU-Neujahrstreffen, das wie immer am 6. Januar im Vaduzer Saal stattfindet, wird unter dem Motto «VU gestern, heute

und morgen» ganz im Zeichen dieses Jubiläums stehen. Der Liechtensteiner Historiker Rupert Quaderer, Autor der dreiteiligen Buchreihe «Bewegte Zeiten in Liechtenstein 1914 bis 1926», wird an die Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei erinnern.

Kathrin Stainer-Hämmerle, Professorin für Politikwissenschaft aus Klagenfurt, wird ein Gastreferat zum Thema «Wozu braucht es noch Parteien?» halten. ■ **Seite 4**



Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle aus Klagenfurt und Historiker Rupert Quaderer werden am VU-Neujahrstreffen referieren.



Fotos: FH Kärnten und Daniel Ospelt

Impressum «klar.»

Herausgeber: Vaterländische Union
Redaktion: Desirée Vogt, Günther Fritz
Druck: Somedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: desiree.vogt@vu-online.li,
guenther.fritz@vu-online.li
Internet: www.vu-online.li



Lastenausgleich für landesweite Aufgaben

Wieso muss die Gemeinde Triesenberg viele Lasten aus den allgemeinen Gemeindemitteln tragen, wenn es um die Pflege eines für Liechtenstein wichtigen Naherholungs- und Freizeitgebiets geht? Das bestehende System darf hinterfragt werden.



Christoph Beck
Vorsteher von Triesenberg

In Liechtenstein herrschen bekanntlich grosse Unterschiede in der Finanzkraft der Gemeinden. Mit hinein spielt die immer noch nicht abgeschlossene Aufgabenverflechtung zwischen Land und Gemeinden. So finanzieren die Gemeinden heute Dinge mit, bei denen sie keine oder nur sehr eingeschränkte Mitspracherechte haben.

Handlungsbedarf gegeben

Wenn wir den Finanzausgleich nicht anpassen, werden wir künftig Probleme bekommen. Vor allem bei der Umsetzung von Aufgaben, welche von landesweiter Bedeutung sind – seien dies Verkehrs-, Infrastruktur- oder Sportprojekte. Die Gemeinde Triesenberg, die für den Unterhalt des Alpengebiets zuständig ist und damit einen wichtigen Beitrag für das ganze Land leistet, sollte durch den Finanzausgleich in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe zu erfüllen. In der Realität muss aber eine finanzschwache Gemeinde wie Triesenberg die vorhandene Finanzierungslücke schliessen, da die über den Finanzausgleich explizit für das Feriengebiet Steg-Malbun zur Verfügung gestellten Mittel deutlich unter dem jährlichen Finanzierungsbedarf liegen.

In Anbetracht der vorhandenen strukturellen und finanztechni-

schen Fragen, die der bestehende Finanzausgleich und die Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden aufwerfen, ist eine intensive Befassung mit dieser Materie auf der Grundlage der Studie der Stiftung Zukunft.li mehr als nur angebracht. Deshalb ist es unverständlich, dass durch die Regierung nicht erkennbar ist, das bestehende System zu hinterfragen. Das ist ausserordentlich schade und trägt der spezifischen Situation verschiedener Gemeinden zu wenig Rechnung.

Für Vereinfachung des Ablaufs

Ganz grundsätzlich bin ich der Meinung, dass alle Staatsebenen entsprechend der zu leistenden Aufgaben über die erforderlichen Finanzmittel verfügen sollten. Es darf sogar ein Polster angehäuft werden, damit periodisch anfallende grössere Investitionen finanziert werden können, ohne gleich an der Steuerschraube zu drehen.

Wie aber kann der Bevölkerung erklärt werden, dass die grossen Unterschiede in der Finanzkraft nicht wenigstens in dem Ausmass ausgeglichen werden, dass jede Gemeinde ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und für Aufgaben von landesweiter Bedeutung abgegolten wird? Dies gilt auch für den Staat selber, der bei Projekten von landesweiter Bedeutung viel zu einer Vereinfachung des Ablaufs und der Finanzierung beitragen könnte. Beispielsweise dadurch, dass er sich an solchen Projekten stärker finanziell engagiert und le-



Malbun: Die Gemeinde Triesenberg ist für den Unterhalt des Alpengebiets zuständig und leistet damit einen wichtigen Beitrag für das ganze Land. **Foto: Eddy Risch**

diglich die Standortgemeinde einen finanziellen Beitrag an das Projekt leistet. Damit würde es nicht mehr notwendig, dass man bei solchen Projekten durch das ganze Land tingeln muss und sich elf Gemeinderäte damit befassen müssen. Und die Referendumsmöglichkeit wäre bei Landtagsbeschlüssen möglich.

Für fairen Lastenausgleich

Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um einen fairen Lastenausgleich. Der Finanzausgleich soll es (besser) ermöglichen, dass die Gemeinden die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben stemmen können und dafür mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Wieso muss die Gemeinde Triesenberg an eine Umlage fürs Alpengebiet denken und viele Lasten aus den allgemeinen Gemeindemitteln tragen, wenn es um den Unterhalt und die Pflege eines für

Liechtenstein wichtigen Naherholungs- und Freizeitgebiets geht?

Kein Gehör beim Regierungschef

Wenn der Regierungschef sagt, wir müssen halt die Steuern erhöhen, versteht er unsere Argumente nicht. Zwar wurde es geprüft, ist aber für die aktuelle Problemstellung das falsche Mittel, weil sich dadurch die erwähnte Schlechterstellung der Triesenberger Bevölkerung noch verstärken würde.

Diesbezüglich war das Projekt 11/1 ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Das Projekt, nach dem sich jede Gemeinde auf ihre Stärken konzentrieren soll und alle elf Gemeinden einen einzigen Standort gebildet hätten, hätte weitergeführt werden müssen. Der beste Aspekt von 11/1 wäre aber sicher, dass nicht alles in jeder Gemeinde stattfinden muss. Denn es geht nicht darum, alle gleich zu

machen, aber die Aufgaben müssen dort erfüllt werden, wo es am sinnvollsten ist, und sie müssen gerecht finanziert werden.

System kritisch hinterfragen

Trotz dieser kritischen Anmerkungen zur Interpellationsbeantwortung der Regierung stehe ich hinter einer für mich ganz zentralen Aussage, die den vorhandenen Handlungsbedarf auf den Punkt bringt und meines Erachtens dringend angegangen werden muss: Es gilt zu prüfen, mit welchen Massnahmen die vorherrschenden Standortvorteile besser zwischen Land und Gemeinden sowie zwischen den Gemeinden ausgeglichen werden können. Gerade weil die Finanzzuweisungen an die Gemeinden einen hohen Ausgabenposten für die Landesrechnung darstellen, sollte das System nach zehn Jahren kritisch hinterfragt werden. ■

Wir wollen ein kooperatives Netzwerk aufbauen

Die Frauenunion engagiert sich für die Stärkung der Frauen in der Politik und insbesondere für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen. Die Frauenunion steht für eine offene und eigenständige Meinungsbildung in der VU.



Christine Schädler
Präsidentin
der Frauenunion

Da Frauen von allen politischen Entscheidungen betroffen sind und die Bevölkerung zu mehr als 50 Prozent weiblich ist, ist die Mitbestimmung auf politischer Ebene wichtig für die Qualität der Demokratie. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit und den langfristigen Erfolg der Vaterländischen Union.

Das Netzwerk stärken

Wir haben uns Gedanken zu den Zielen und der Ausrichtung der Frauenunion gemacht und unsere Vorstellungen in einem Leitbild festgehalten. Unser wichtigstes Anliegen ist eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen. Damit wir dieses Ziel erreichen, muss es uns gelingen, Frauen zu einer aktiven Mitarbeit in der Par-

tei zu bewegen. Die Frauenunion leistet dazu einen Beitrag, indem sie Veranstaltungen organisiert, an denen über aktuelle politische Themen informiert und diskutiert wird. Die Anlässe sollen zum einen eine Plattform für den Gedankenaustausch sein und damit zur Meinungsbildung beitragen. Sie sollen zum anderen auch dazu dienen, das Netzwerk unter den Frauen aufzubauen und zu stärken. Ein grosses, tragfähiges Netzwerk zu haben, ist gerade auch in der Politik von entscheidender Bedeutung.

Für offene Diskussionskultur

Die erste überparteiliche Netzwerk-Veranstaltung zum Thema «Politische Beteiligung und gläserne Decken. Warum Frauen in Liechtenstein weniger an Politik teilnehmen» war ein Erfolg. Nach einem kurzen Referat von Linda Märk-Rohrer, Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut, diskutierten die Anwesenden über Rollenbilder, Quote als Motor für die Veränderung von persönlichen Denkmustern, wie wichtig es ist,



Die Zuständigkeiten innerhalb der Frauenunion: Gabriela Hilti-Saleem (Protokoll, Medien), Ines Rampone-Wanger (Events), Christine Schädler (Präsidentin), Elisabeth Stock-Gstöhl (Events), Dagmar Bühler-Nigisch (Netzwerk) (v. l.).

Foto: Daniel Schwendener

Jugendliche für Politik zu begeistern und was im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen unternommen werden müsste.

Der Frauenunion ist auch die Vernetzung innerhalb der Partei wichtig. Deshalb werden wir uns regelmässig mit den verschiede-

nen Gremien treffen und uns austauschen. Wir wollen innerhalb und ausserhalb der Partei eine offene und respektvolle Diskussionskultur pflegen.

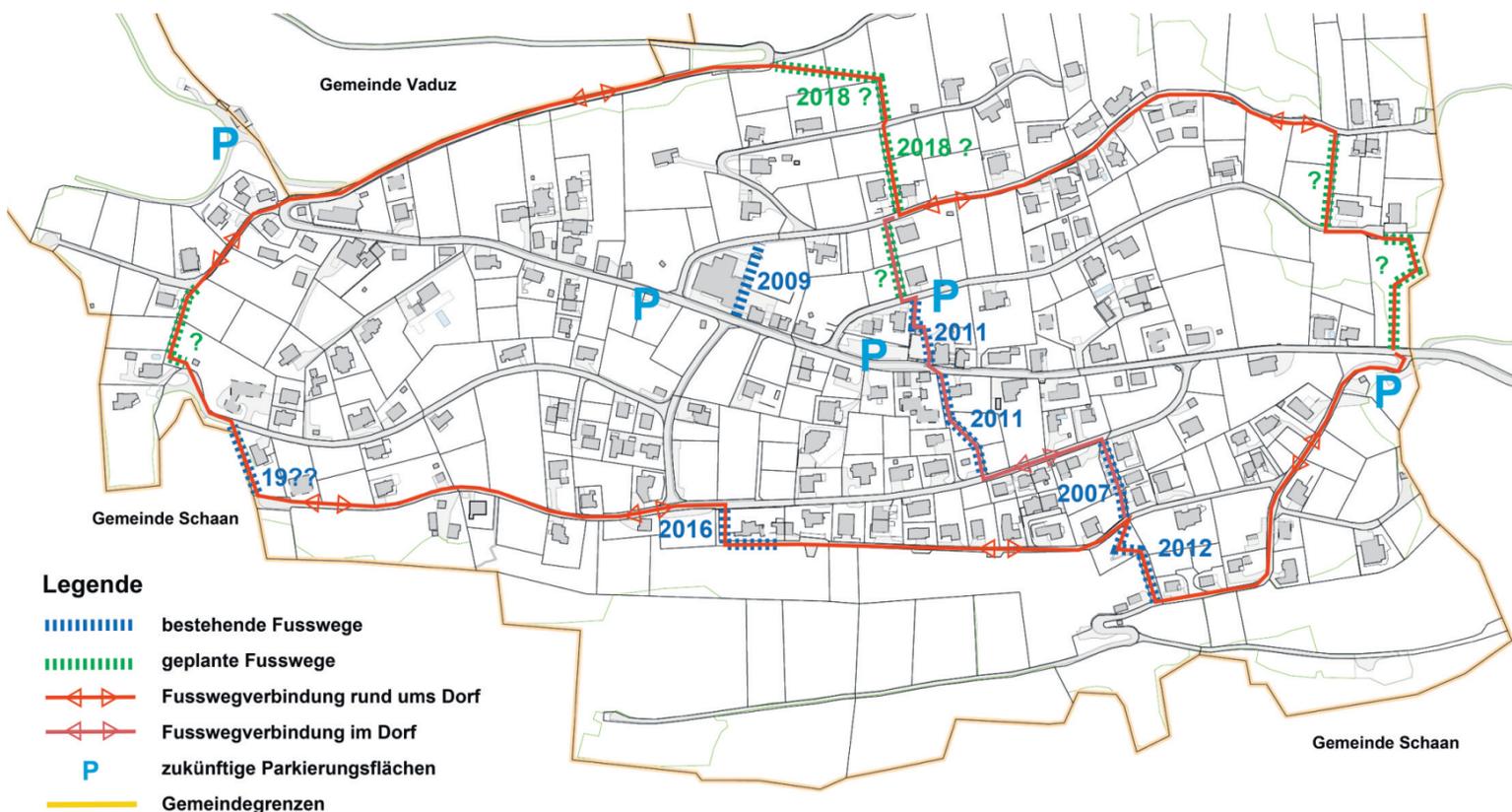
Wenn Sie die Aktivitäten der Frauenunion interessieren und wenn Sie auf dem Laufenden ge-

halten werden wollen, abonnieren Sie doch unseren Newsletter. ■

Schreiben Sie an frauenunion@vu-online.li

Wir wollen

- die politische Einflussnahme von Frauen fördern
- Frauen zu aktiver Mitarbeit in der Partei motivieren
- die Chancengleichheit von Frauen und Männern insbesondere auf der Ebene der politischen Teilnahme unterstützen
- unsere Anliegen in der Partei und gegenüber politischen Entscheidungsgremien vertreten
- eine ausgewogene Vertretung der Frauen in den Organen der Partei und in den politischen Gremien
- zu aktuellen politischen Fragen und Problemen Stellung nehmen
- die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement vorantreiben
- eine offene und respektvolle Diskussionskultur pflegen
- ein kooperatives und effektives Netzwerk der VU Frauenunion aufbauen



Plangrundlage: Amt für Bau und Infrastruktur

Und plötzlich eine Kehrtwende

Nachdem knapp die Hälfte des Plankner Fusswegkonzepts umgesetzt ist und einhellig für gut befunden wurde, bockt die FBP-Gemeinderatsfraktion plötzlich. Eine Abstimmung steht an.



Desirée Vogt
Parteisekretärin

Fünf Fusswegverbindungen wurden in Planken bereits realisiert, die sechste droht an einer Machtdemonstration der FBP zu scheitern. Konkret geht es um die Verbindung zwischen Dorfstrasse und Birkenweg. Die FBP-Gemeinderatsfraktion hat dagegen ein Re-

«Altbekannter FBP-Zickzackkurs»

ferendum ergriffen. Am 10. Januar 2018 findet ein Informationsanlass statt und am 28. Januar wird abgestimmt.

Warum braucht es diesen Verbindungsweg?

Er ist einer von insgesamt 10 befestigten Wegen, der Teil des Fusswegkonzepts der Gemeinde ist. Ziel ist es, die horizontalen Strassen mit vertikalen Fusswegen zu verbinden, damit die verschiedenen Bereiche im Wohngebiet möglichst direkt und ohne lange Umwege erreichbar sind. Dies auch

als wichtiger Beitrag zur Schulwegsicherung. Es soll «im Dorf um das Dorf» gegangen werden können. Als Energiestadt erhält Planken zudem Punkte für die Förderung des Zufussgehens.

Warum ist die FBP-Fraktion dagegen bzw. hat ein Referendum ergriffen?

Um ihre Macht zu demonstrieren. Anders ist das nicht erklärbar. Denn zuvor hat die FBP-Gemeinderatsfraktion sowohl dem VU-Strategiepapier, welches das Fusswegkonzept beinhaltet, als auch dem Finanzplan der Gemeinde und den jeweiligen Voranschlägen zugestimmt. Bemerkenswert ist, dass der Ausbau der Verbindungswege vor drei Jahren im FBP-Wahlprogramm als Schwerpunktthema aufscheint. Fünf Wege wurden bereits umgesetzt – am sechsten soll es plötzlich scheitern. Dass es sich ausgerechnet um jenen Weg handelt, der als Begründung für die Genehmigung des Gemeinderichtplans und den erfolgreichen Roudungsantrag erhalten musste, macht das Referendum noch absurder.

Warum ist der Weg mit 750 000 Franken so teuer?

Mit 123 Metern ist er lang und aufgrund der Topografie steil. Durch die Lebensdauer von 50 Jahren relativieren sich jedoch die Kosten wieder auf 15 000 Franken pro Jahr.

«FBP-Machtdemonstration»

Im Vergleich zu Treppenanlagen und Fusswegverbindungen in anderen Gemeinden ist er nicht teurer.

Welche Alternative schlägt die FBP-Fraktion stattdessen vor?

Eine, die keine ist. Sie will den Rundweg erweitern, der Dorfstrasse und Birkenweg via Bärenboden verbindet. Dabei hat sie offensichtlich vergessen, dass dieses Vorhaben schon unter Alt-Vorsteher Gaston Jehle (FBP) krachend gescheitert ist. Der Weg führt nämlich durch den Schaaner Wald und den Korridor für den internationalen Wildwechsel. Jehle zog damals vor Gericht und ist bei allen Instanzen abgeblitzt. In der Zwischenzeit konnte Vorsteher Rainer Beck regeln, dass der damals bereits gegebene Weg als Trampelpfad bestehen bleiben darf. Weiter ausgebaut werden darf er hingegen nicht.

Was sagt der Fachverband «Fussverkehr Schweiz» dazu?

Dieser Fachverband hat das Fusswegnetz analysiert und attestierte den vorgeschlagenen neuen Fusswegverbindungen eine hohe Tauglichkeit und Zweckmässigkeit. Er hat deren Erstellung empfohlen.

Gleichzeitig soll auch ein Parkierungskonzept umgesetzt werden. Inwiefern hängen die beiden Vorhaben voneinander ab?

Der Platz beim Reservoir Rütli ist nicht als Parkplatz konzipiert. Die Attraktivität und Sicherheit der Strasse nach Oberplanken und in

«FBP-Verhinderungspolitik»

Richtung Gafadura soll erhöht werden, indem ein «Allgemeines Fahrverbot» Richtung Oberplanken und Gafadura ausgesprochen und eine Schranke nach dem Werkhof Säga an der Oberplankerstrasse aufgestellt wird. Die wegfallenden Parkplätze müssen kompensiert werden – dazu ist eine Erweiterung/Umgestaltung der bestehenden Parkplätze im Dorfgebiet vorgesehen, die wiederum mittels der Fusswegverbindungen erreicht werden.



Manfred Kaufmann
VU-Abgeordneter

Kolumne

Steuererhöhungen? Nicht mit mir!

Im November-Landtag wurden vier Postulate der Freien Liste behandelt, welche allesamt Steuererhöhungen zur Folge gehabt hätten. Glücklicherweise fanden die Postulate keine Mehrheit, weshalb sie nicht an die Regierung überwiesen wurden. Bei den Postulaten wurde beabsichtigt, die Steuerschätzwerte von Altliegenschaften zu erhöhen, die Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie eine Steuer auf Ausschüttungen von Unternehmen wieder einzuführen, welche erst im 2011 abgeschafft wurde. Ebenfalls wurde bei einem Postulat die Entkoppelung des Sollertrags und des Eigenkapitalzinsabzuges angestrebt.

Wenige Traktanden später wurde die Finanzplanung 2018 bis 2021 behandelt, die für 2018 einen Gewinn von CHF 22 Mio. vorsieht und der bis 2021 auf CHF 58 Mio. ansteigen soll. Es muss sicherlich erwähnt werden, dass diese Gewinne insbesondere durch gute Finanzergebnisse entstehen. Auch wird das negative Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit jährlich reduziert und sollte bis 2021 auf CHF -19 Mio. sinken.

Ein guter Wirtschaftsstandort braucht Stabilität, um attraktiv zu bleiben.

Man spricht davon, dass der Staatshaushalt saniert sei und sinnvolle Investitionen getätigt werden sollen. Meines Erachtens muss man nicht mehr beängstigt in die Zukunft des Staatshaushalts schauen. Es sollen sinnvolle Investitionen getätigt werden, welche man die letzten Jahre aufgrund des Sparkurses auf Eis gelegt hatte.

Bei diesen Prognosen der Staatsfinanzen jedoch an Steuererhöhungen zu denken, kommt für mich nicht in Frage. Die letzten Jahre wurden einige Einsparungen gemacht, welche die Bürgerinnen und Bürger traf, was jetzt wirklich nicht wieder notwendig ist. Die Erhöhung oder die Einführung von Steuern, welche man im 2011 mit der Begründung der Doppelbesteuerung abgeschafft hat, würde bei der Bevölkerung zu Recht auf Unverständnis stossen.

Auch benötigen die Unternehmen in Liechtenstein Rechts- und Planungssicherheit und dazu braucht es ein verlässliches Steuersystem, welches nicht immer geändert wird. Ständig das Steuersystem anzupassen ist für einen guten Wirtschaftsstandort alles andere als förderlich. Ein guter Wirtschaftsstandort braucht Stabilität, um attraktiv zu bleiben und um die internationale Akzeptanz und Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Am Rad des Steuersystems zu drehen, ist für mich deshalb keine Alternative.

Grosse Weihnachtsfeier im LAK Eschen

Schon seit vielen Jahrzehnten ist er Tradition – der grosse Weihnachtsanlass bei der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK). Am 16. Dezember ist es wieder so weit.

Am 16. Dezember wird es im Haus St. Martin in Eschen ab 15 Uhr wieder besinnlich: Dann findet nämlich der traditionelle Weihnachtsanlass statt, der von der Eschner Ortsgruppe der Vaterländischen Union organisiert wird und bei dem auch Vertreter aller anderen VU-Ortsgruppen des Un-

terlandes vertreten sind. Das Programm steht bereits und die Bewohnerinnen und Bewohner dürfen sich über ein abwechslungsreiches und tolles Programm freuen. In diesem Jahr wird der Anlass musikalisch durch Anna-Maria Gstöhl und Julia Jehle umrahmt. Ausserdem wird der

Eschner Ortsgruppenvorsitzende John Zimmermann den Bewohnern traditionell eine Weihnachtsgeschichte vorlesen. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt und wie vernommen wurde, hat das Christkind die Geschenke für die Bewohner ausnahmsweise bereits früher abgeliefert. Diese wer-

den am Weihnachtsanlass persönlich überreicht. Die Vertreter der Unterländer VU-Ortsgruppen freuen sich auf einen gemütlichen Nachmittag und viele tolle Gespräche. Personen, die nicht im grossen Saal bei der Feier dabei sein können, werden gerne in ihrem Zimmer besucht. ■

Zur Spitzengruppe aufschliessen

Bis Ende 2019 wird der Ausbaugrad des Glasfasernetzes bei rund 60 Prozent liegen. Damit gehört Liechtenstein zur europäischen Spitzengruppe und wird in der Lage sein, neue Angebote und Technologien noch schneller und besser einzusetzen.



Desirée Vogt
Parteisekretärin

Herr Risch, sind Daten das Öl der Zukunft?

Daniel Risch: Das kann man durchaus so sehen. Wichtig erscheint mir dabei die Frage, was man mit dem Öl macht. Erst durch die richtige «Verwendung» erhalten Daten schliesslich ihren wahren Wert. Aus Daten werden Informationen – und daraus kann sich Wissen entwickeln.

Welche Mittel und Möglichkeiten gibt es, diese Informationen allen zur Verfügung zu stellen?

Hier sprechen wir grundsätzlich von der «Demokratisierung der Information». Dabei ist es wichtig, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, auf Informationen zurückzugreifen. Um dies zu ermöglichen, stellt sich einerseits die Frage nach dem Zugang zum Internet. In unseren Breitengraden ist der Zugang zum Netz grossmehrfachlich sichergestellt. Es gibt aber auch andere wichtige Aspekte, so beispielsweise die Netzneutralität oder die Meinungs- und Pressefreiheit. Bei der ganzen Informationsfülle ist es aber auch wichtig, den richtigen Umgang mit den Daten und Informationen zu lernen und zwar sowohl mit den Informationen, die wir konsumieren, als auch mit denen, die wir preisgeben. Dem Staat kommt eine grosse Verantwortung zu, die Menschen für die Chancen und Gefahren zu sensibilisieren. Das beginnt schon in der Schule und setzt sich bei den Erwachsenen fort.

Ist es dafür nicht schon zu spät?

Dafür ist es nie zu spät. Kommt hinzu, dass sich auch unser Um-

gang mit Informationen immer wieder verändert. Es lässt sich beobachten, dass viele Menschen heute viel offener mit der Bekanntgabe von Daten und persönlichen Informationen umgehen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass jeder Einzelne weiss, was er tut. Neben der Sensibilisierung ist der Staat im Bereich des Datenschutzes dafür da, dass Unternehmen, die personenbezogene Daten speichern und verarbeiten, in die Verantwortung genommen werden. Hierbei kommt vor allem der europäischen Datenschutz-Grundverordnung, die nächstes Jahr eingeführt werden soll und derzeit in aller Munde ist, eine grosse Rolle zu. Sie wird dem Datenschutz bzw. dem Schutz der persönlichen Daten einen noch höheren Stellenwert einräumen.

Immer schneller, immer weiter, immer mehr. Das ist nur mithilfe eines guten Telekommunikationsnetzes möglich. Die Glasfaser-Technologie soll es ermöglichen, dass nahezu unbegrenzte Datenvolumen übertragen werden können. In Liechtenstein soll dieses Netz bis 2022 weiter verdichtet und ausgebaut werden. Wie ist der aktuelle Stand?

Die neuen Technologien bedingen schnellere und bessere Verbindungen – nicht nur mithilfe der Glasfaser-, sondern auch der neuen Mobilfunktechnologie 5G. Generell sollten wir meines Erachtens aber die Diskussion vom Thema «Glas für alle» auf das Thema «schnelles Internet» lenken. Wie aber definiert man schnelles Internet? Betrachtet man die umliegenden Länder, so spricht man bei 100 Mbit/s von schnellem Internet. Liechtenstein verfügt heute schon über eine Infrastruktur, die bei 70 Prozent der Haushalte 100 Mbit/s zulassen würde. Will heissen, die



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch ist für die Zukunft gut gerüstet.

Foto: Archiv

Anschlüsse sind vorhanden, nicht jeder nutzt heute allerdings bereits das Angebot. Bis Ende 2019 wird der Ausbaugrad des Glasfasernetzes bei rund 60 Prozent liegen – damit werden wir weltweit zur Spitzengruppe aufschliessen. Zum Vergleich: Bei unseren österreichischen Nachbarn liegt der Ausbaugrad heute bei 1,2 Prozent, in Deutschland sind dies aktuell 1,6 Prozent und bei uns per Ende November 2017 11 Prozent. Für den Wirtschaftsstandort sind Glasfaseranschlüsse schon heute flächendeckend und zu definierten Preisen verfügbar.

Ist die Glasfasertechnologie das Mass der Dinge?

Da in der Glasfaser die Übertragung mit Licht funktioniert und heute nichts bekannt ist, das schneller ist als Lichtgeschwindigkeit, ist die Glasfaser heute sicher das Mass der Dinge.

Zur Zukunft gehören auch sogenannte Kryptowährungen. Als weltweit erste staatliche Behörde akzeptiert die Stadt Zug in der Schweiz seit 2016 Bitcoins und nennt sich «Crypto Valley». Muss Liechtenstein hier nachziehen? Haben wir diesbezüglich etwas verschlafen?

Ich finde die Entwicklung rund um die Kryptowährungen sehr spannend. Ich glaube aber nicht, dass der Staat Liechtenstein heute Bitcoins als Währung akzeptieren muss, um «dazuzugehören». Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Bitcoins als Währung noch sehr volatil ist. Was die Stadt Zug betrifft, so glaube ich, dass dies ein geschickter Marketingzug war und heute auch zahlreiche innovative Unternehmen angesiedelt wurden. Liechtenstein muss nun aber nicht als «Crypto-Valley 2» nachziehen. Wir müssen unsere eigene Nische finden.

Vergangene Woche konnten Sie unter anderem mit Marc Walder, dem Initianten von Digital Switzerland und Ringier-CEO, und Patrick Warnking, dem CEO Google Schweiz, die neue Plattform digital-liechtenstein.li aus der Taufe heben. Welchen Stellenwert hat diese neue Initiative für Sie?

Die rund 120 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die bei der Auftaktveranstaltung von digital-liechtenstein.li letzte Woche dabei waren, haben eindrücklich gezeigt, dass es ein Bedürfnis ist, gemeinsam die digitale Seite von Liechtenstein voranzutreiben. Bei der Online-Abstimmung während des Events zeigte sich, dass die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch wichtige Erwartungen an digital-liechtenstein.li sind. Zudem zeigte sich, dass die Besucher Liechtenstein im Thema Digitalisierung mehrheitlich als gut aufgestellt einstufen und unserem Land auch für die Zukunft gute Chancen einräumen. Ich bin überzeugt, dass die Initianten von digital-liechtenstein.li hier eine wichtige Plattform geschaffen haben, die auch die Verbindung zum grossen Bruder «Digital Switzerland» ideal nutzt. Der breit getragene Start von digital-liechtenstein.li stimmt mich sehr zuversichtlich.

Macht Ihnen diese rasante Entwicklung nicht auch Angst?

Nein, das tut sie nicht. Ich denke, es kommen viele spannende Herausforderungen auf uns zu. Aber der Mensch ist sehr anpassungsfähig, wie er immer wieder eindrücklich unter Beweis gestellt hat. Auch was die Wirtschaft betrifft, so haben wir in Liechtenstein immer wieder bewiesen, dass wir auch mit grossen Veränderungen umgehen und uns entwickeln können. ■

VU.

Vaterländische Union

32. NEUJAHRSTREFFEN 2018

VU gestern, heute und morgen

Samstag, 6. Januar 2018, Vaduzer Saal
16:30 Uhr: Apéro und Saalöffnung
17:00 Uhr: Beginn der Veranstaltung

www.vu-online.li

Jubiläumsfeier:
Vor 100 Jahren
gründete Wilhelm Beck
die Christlich-soziale
Volkspartei



PROGRAMM



Begrüssung

Günther Fritz, Parteipräsident



Gestern

Referat von Dr. Rupert Quaderer, Historiker: «Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt» – Die Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei im Lichte des damaligen Umfelds (1918–1922)



Heute und morgen

Referat von MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle, FH-Professorin für Politikwissenschaft, FH Kärnten: «Wozu braucht es noch Parteien?»



Morgen

Schlusswort von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch: «Die Zukunft der VU»



Musikalische Umrahmung

Suzie Candell und Beth Wimmer

Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeiten